

Fragen

für die Fragestunde der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. Januar 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 87
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 72
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Kluckert, Daniela (FDP)	6, 7
Brandner, Stephan (AfD)	37, 40	Konrad, Carina (FDP)	2, 3
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	62, 74	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 71
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	67, 68
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Grund, Manfred (CDU/CSU)	23, 24	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	65, 66	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	60, 61	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 88
Herbst, Torsten (FDP)	16, 17	Luksic, Oliver (FDP)	32, 75
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	76
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	25, 35	Müller, Hansjörg (AfD)	46, 47
Houben, Reinhard (FDP)	53	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	64, 79
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	69, 70	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	49, 50	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	55, 56
Jung, Christian, Dr. (FDP)	12, 13	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 73
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 84		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	85, 86	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 77
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83	Skudelny, Judith (FDP)	26, 27
Renner, Martina (DIE LINKE.)	48, 78	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 38
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	89, 90
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 39	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	20, 21
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	58, 59	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	91, 92

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	26
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	28

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie viele Vergütungsverhandlungen für die Versorgung mit häuslicher Krankenpflege sind aktuell in einem Schiedsverfahren nach § 132a Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) befindlich, und seit wann?

2. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
Welche Konsequenzen zieht das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) aus den Einschätzungen der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA, die Kupferpräparate als Pflanzenschutzmittel für Verbraucher als gefährlich einstuft (<https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2018.5152>), hinsichtlich einer etwaigen toxischen Wirkung auf die Gesundheit des menschlichen Organismus, und sind dem BMG Fälle bekannt, bei denen es zu einer medizinischen Behandlung eines Menschen aufgrund des Verzehrs von Produkten, welche in ihrem Herstellungsprozess in Deutschland mit glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln behandelt wurden, kommen musste?

3. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
Wie bewertet das Bundesgesundheitsministerium die Mutmaßungen zu einer erhöhten gesundheitlichen Belastung durch Feinstaub aus der Landwirtschaft auf Basis der durch das Umweltbundesamt bereitgestellten Daten (www.umweltbundesamt.de/daten/luftbelastung/aktuelle-luftdaten), und kommt das Bundesgesundheitsministerium anhand dieser Informationen zu dem Ergebnis, dass die Landwirtschaft als wesentliche Quelle von Feinstaubbelastung für den menschlichen Organismus auszumachen ist?

4. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Teilt das Bundesministerium für Gesundheit die Kritik von verschiedenen Lungenärzten (www.lungenaerzte-im-netz.de/fileadmin/pdf/Stellungnahme_NOx_und_Feinstaub.pdf), dass es keine gesundheitliche Schädigung bei Menschen gibt, wenn der NO₂-Grenzwert in den Innenstädten

überschritten wird, und unterstützt das Bundesministerium die Forderung der Lungenärzte, diesen Grenzwert auszusetzen, weil er nicht hinreichend wissenschaftlich unterlegt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

5. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Sitzung der Arbeitsgruppe 1 der Nationalen Plattform „Zukunft der Mobilität“ für den 23. Januar 2019 kurzfristig abgesagt (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diesel-affaere/hinter-den-kulissen-tobt-der-streit-ums-tempolimit-16006577.html), und wann wird die Arbeitsgruppe das nächste Mal einberufen?
6. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung nach dem Bekanntwerden der ersten Ergebnisse die Arbeit der „Nationalen Plattform zur Zukunft der Mobilität“?
7. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Wie kann im überarbeiteten Referentenentwurf zu den Elektrokraftfahrzeugen eine „typenunabhängige“ und „einheitliche“ Regelung für Elektrokraftfahrzeuge angestrebt werden, wenn dadurch nicht klassifizierte Elektrokraftfahrzeuge wie Hoverboards unter den Radar fallen und der eigentliche Ansatz der Elektrokraftfahrzeug-Verordnung es doch war, die Lücke der neuen Typengenehmigungsverordnung (EU) Nr. 168/2013 zu schließen, um allen Elektrokraftfahrzeugen die Teilnahme am Straßenverkehr legal zu ermöglichen?
8. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf Basis welcher wissenschaftlichen Erkenntnisse kommt der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur zu der Ansicht, dass die Debatte über Stickstoffdioxide in Deutschland skurril und nicht faktenbasiert sei (vgl. Äußerung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer im ARD Morgenmagazin vom 24. Januar 2019), und

mit welchen neuen, wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen gedenkt der Bundesverkehrsminister zur Versachlichung der Debatte beizutragen?

9. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welche konkreten Treffen oder welchen Schriftverkehr von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung gegenüber welchen Personen oder Gremien auf Seite der EU bezieht sich die Aussage des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur wonach die Bundesregierung auf EU-Ebene bereits angestrebt hat, ein Memorandum zur Aussetzung der Stickoxid-Grenzwerte zu erreichen (vgl. Äußerung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer im ARD Morgenmagazin vom 24. Januar 2019)?

10. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen Stand haben die Verwaltungs- bzw. Gerichtsverfahren in Bezug auf den vom Kraftfahrt-Bundesamt angeordneten, verpflichtenden Rückruf von rund 96 000 Opelfahrzeugen der Modelle Insignia, Cascada und Zafira (vgl. www.kba.de/DE/Home/opel_inhalt.html; www.schleswig-holstein.de/DE/Justiz/OVG/Presse/PI_VG/12112018_R%C3%BCckrufanordnung_Opel.html), und ist dieser Rückruf inzwischen rechtskräftig?

11. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Informationen hat die Bundesregierung zum Sachstand der Planungen der Elb-Staustufe Děčín (Tschechien), und wie beurteilt die Bundesregierung die Nichtkompensierbarkeit der ökologischen Schäden durch den Staustufenbau insbesondere angesichts der häufigen und langanhaltenden Niedrigwasserperioden der Elbe in den vergangenen Jahren (vgl. www.saechsische.de/staustufe-bei-decin-wird-offenbar-doch-nicht-gebaut-5023773.html)?

12. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)

Plant die Bundesregierung ein System zur verpflichtenden Arbeitszeitüberwachung für Lokführer im Bereich Schienengüterverkehr einzuführen, das dem Überwachungssystem der digitalen Tachografen bei LKWs gleicht?

13. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele der geplanten Neuanstellungen von ca. 22 000 Mitarbeitern (RP-Online: Mehr Züge, mehr Schienen, mehr Jobs; unter: https://rp-online.de/wirtschaft/deutsche-bahn-bahnchefs-planen-mehr-zuege-schienen-und-jobs_aid-35719493) bei der Deutschen Bahn AG sind nach Kenntnis der Bundesregierung für den Bereich Güterverkehr eingeplant?
14. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und der Deutschen Bahn AG für den Ausbau der Gäubahn (Abschnitt Horb–Neckarhausen) erfolgen, und wie erklärt es die Bundesregierung, dass sie einerseits bereits seit langem aussagt, dieser Ausbau sei „für die Schaffung einer bedarfsgerechten Kapazität des Schienennetzes im Südwesten besonders wichtig“ (siehe Bundestagsdrucksache 18/13632 vom 22. September 2017), es aber noch immer nicht zur Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung gekommen ist?
15. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch lagen im Jahr 2018 die investiven Eigenmittel der Deutschen Bahn AG bei der Umsetzung der Bedarfsplanmittel, und wie lässt sich erklären, dass diese in den Jahren 2015, 2016 und 2017 gegenüber den Vorjahren teilweise deutlich gesunken sind (von 308 Mio. Euro im Jahr 2014 auf 303 Mio. Euro in 2015, auf 249 Mio. Euro in 2016 und auf 222 Mio. Euro im Jahr 2017; siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/7010)?
16. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich der Elektrifizierungsgrad der deutschen Schieneninfrastruktur zwischen dem 31. Dezember 2017 und dem 31. Dezember 2018 entwickelt (bitte nach Kilometern und Anteil am Gesamtnetz aufschlüsseln), und hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund am ausgegebenen Elektrifizierungsziel von 70 Prozent bis 2025 fest?

17. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Auf welchen Betrag beliefen sich die Vertragsstrafen für Verspätungen oder andere Leistungsausfälle, welche die DB Regio AG mit ihren Töchtern im Jahr 2018 an die 27 Aufgabenträger der Länder für den Schienenpersonennahverkehr leisten musste, und wie verteilen sich diese Vertragsstrafen auf die einzelnen Aufgabenträger für das Jahr 2018?
18. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde in Schleswig-Holstein erst nach dem Jahr 1990 mit der Elektrifizierung von Schienenstrecken begonnen, und ist einer der Gründe auf das Vorhalten einer strategischen Reserve an Dieselloks zurückzuführen?
19. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es weitere Bundesländer/Regionen in Deutschland (abgesehen von Schleswig-Holstein), in denen erst nach 1990 mit der Elektrifizierung von Schienenstrecken begonnen wurde, und wenn ja, warum?
20. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Wie viel Prozent der Bestandsgüterwagen konnten nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum Stichtag 31. Dezember 2018 auf lärmarme Brems-techniken umgerüstet werden?
21. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Werden nach Einschätzung der Bundesregierung – wie im am 30. März 2017 verabschiedeten Schienenlärmschutzgesetz festgeschrieben – keine lauten Güterzüge ab dem Fahrplanwechsel 2020/2021 auf deutschen Schienen verkehren?
22. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorarbeiten sind notwendig, damit die in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans hochgestufte Bahnstrecke München/Nürnberg–Schwandorf–Furth im Wald–Prag konkreter geplant werden kann, und wann wird hierfür der Auftrag erteilt?

23. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung als alleinige Anteilseignerin der Deutschen Bahn AG (DB AG) die zum 1. Februar 2019 erfolgende Schließung und Ersetzung des DB-Reisezentrums in Leinefelde durch einen sogenannten Videopoint (vgl. Thüringer Allgemeine vom 18. Januar 2019) vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich bei diesem um das einzige Reisezentrum im Landkreis Eichsfeld handelt und dieses mit Blick auf die für 2024 geplante 5. Thüringer Landesgartenschau in Leinefelde eine wichtige Funktion hat, sowie unter dem Gesichtspunkt des Erhalts der Attraktivität der Bahn auch in der Fläche und des mit der Schließung verbundenen Wegfalls einer persönlichen Beratung insbesondere der älteren Bevölkerung und des Wegfalls der Vor-Ort-Betreuung von derzeit 470 Schülern aus dem Eichsfeldkreis, die ihre Schülersammelzeitkarten durch das DB-Personal anerkennen lassen müssen?
24. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise wird sich die Bundesregierung gegenüber der Deutschen Bahn AG für den Erhalt des DB-Reisezentrums in Leinefelde und dafür einsetzen, dass angesichts steigender Fahrgastzahlen der Deutschen Bahn AG sowie der von der Bundesregierung verfolgten Stärkung der Attraktivität des Personenschienenverkehrs und insgesamt des ländlichen Raums insbesondere der älteren Bevölkerung eine persönliche Beratung und ein persönlicher Fahrkartenverkauf gewährleistet wird?
25. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wird die Bundesregierung die Deutsche Bahn AG auffordern, die Ausübung des Baurechts im Bauabschnitt Auggen der Rheintalbahn (PfA 9.0) aufgrund der fehlenden Ausführungsplanung für den Volllärmenschutz auszusetzen, und ist aus Sicht der Bundesregierung eine Tieflage die beste Lösung zur Umsetzung des Volllärmeschutzes im PfA 9.0 (www.badische-zeitung.de/muellheim/baustopp-gefordert--158293604.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

26. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Was ist die wissenschaftliche Grundlage für den im 13. Gesetzentwurf des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BimSchG) festgelegten Jahresmittelwert von 50 Mikrogramm NO_x je Kubikmeter Luft?
27. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ am 17. Januar 2019 getätigten Aussagen „Daher setze ich mich ein für Umweltstandards, die in allen Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen. Hier vermisste ich bisher die Unterstützung aus dem Landwirtschaftsministerium“ (www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1632476/umweltministerin-schulze-ueber-bio-discount-tierwohl-und-den-wolf), und inwiefern haben die Uneinigkeit zwischen der Bundesumweltministerin Svenja Schulze und der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner aus Sicht der Bundesregierung Auswirkungen auf die Fähigkeit Deutschlands, auf das Ergebnis der Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik Einfluss zu nehmen?
28. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurde im Auftrag der Bundesregierung eine Gesamtstrategie erarbeitet, die vorsieht/beinhaltet, die Verhältnismäßigkeit der Stickoxid-Grenzwerte, wie sie im Bundes-Immissionsschutzgesetz festgelegt sind, in Frage zu stellen, die Prüfung der Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe zu beauftragen und einen Entwurf zur 9. Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vorzulegen, den der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages als nicht verhältnismäßig einschätzt (www.bundestag.de/blob/584916/09baa28e5acb56a279de219d9c7f6800/wd-3-413-18-pdf-data.pdf), oder wie bewertet die Bundesregierung das zeitliche Zusammenfallen dieser Ereignisse insgesamt?

29. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Interpretation der drei beteiligten Bundesministerien, Umwelt, Verkehr und Gesundheit, zum Thema Stickoxid- und Feinstaub-Grenzwerte und deren Schädlichkeit für Umwelt und Gesundheit folgt die Bundesregierung insgesamt (dpa, 23. Januar 2019, Feinstaub; Umweltministerium verteidigt Grenzwerte für Luftverschmutzung), und liegen der Bundesregierung wissenschaftliche Erkenntnisse vor, die für bzw. gegen die Einführung einer Blauen Plakette sprechen (www.heise.de/autos/artikel/Bundesregierung-lehnt-Blau-Plakette-weiterhin-ab-4198659.html)?
30. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung bewerkstelligen, dass der von der Bundesumweltministerin öffentlich für Februar 2019 angekündigte Kabinettsbeschluss zum Klimaschutzgesetz eingehalten wird (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klima-umweltministerin-schulze-macht-dampf-beim-klimaschutzgesetz-und-fordert-erneut-einen-co2-preis/23896432.html?ticket=ST-509097-hyk0QUfQOdWZqivwHEce-ap6), obwohl gleichzeitig in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/7016 vom 11. Januar 2019 wortwörtlich steht: „Die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung hat noch nicht begonnen.“?
31. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Ergebnisse der Beratungen zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission zur Klima-Langfriststrategie der EU („Ein sauberer Planet für alle“), welche Ende Januar 2019 stattgefunden haben?
32. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik des Verkehrsgerichtstags an den Messverfahren (www.deutscher-verkehrsgerichtstag.de/images/pdf/57KFAKVII.pdf)?

33. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung eines Bündnisses der Zivilgesellschaft, dass die Sektorziele zur Treibhausgasminderung aus ihrem Klimaschutzplan bis zum Jahr 2030 für die Sektoren Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft nicht ausreichen, um das völkerrechtsverbindliche Klimaschutzabkommen von Paris zu erfüllen (vgl. Klimaschutzplan 2050 der deutschen Zivilgesellschaft, www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/klimaschutz/klimaschutzplan_2050-nabu.pdf), und wenn ja, wie müssten die sektorspezifischen Ziele für das Jahr 2030 jeweils aussehen, wenn nein, warum nicht?
34. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass ein europäischer Naturschutzfonds für die Erreichung der europäischen Naturschutzziele, insbesondere dem Stopp des Artensterbens, zentraler Bestandteil des Mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union sein muss?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

35. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Hoffmann**
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Zugangsverweigerung der tansanischen Regierung für den Abgeordnetenkollegen Volkmann Klein (CDU) zum Nationalpark Selous (Plenarprotokoll 19/71, TOP 10, S. 108), und wird die Bundesregierung mit einer Kürzung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für den Selous reagieren?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

36. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Agenda ist nach Kenntnis der Bundesregierung für das erste Treffen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Umgang mit Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten im März 2019 geplant, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung beim Finden einer vom Senator der Hamburger Behörde für Kultur und Medien Dr. Carsten Brosda für dieses Treffen angekündigten „gemeinsamen politischen Positionierung“ (vgl. DIE ZEIT vom 28. November 2018) zum Umgang mit diesen Kulturgütern?
37. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit des Ausbaus des Bundeskanzleramtes, der laut Medienberichten mit mindestens 460 Mio. Euro veranschlagt wurde und etwa den Bau einer 22 Meter hohen Plattform mit einem Hubschrauberlandeplatz beinhalten soll, und welche Möglichkeiten der Personaleinsparung sieht die Bundesregierung im Bundeskanzleramt in den nächsten zehn Jahren insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Anzahl der Beschäftigten im Bundeskanzleramt in den letzten Jahren von 410 auf rund 750 fast verdoppelt hat (vgl. www.zeit.de vom 15. Januar 2019)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

38. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches sind die drei militärisch und die drei zivil genutzten Bundesliegenschaften mit den schlechtesten energetischen Standards (bitte Energieeffizienzklasse angeben) bzw. mit dem höchsten Heizenergieverbrauch (bitte Kilowattstundenwert pro Quadratmeter und Jahr angeben), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den energetischen Zustand dieser Gebäude zeitnah zu verbessern?

39. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält es die Bundesregierung für machbar, eine Grundsteuer C zur Verbesserung der „Verfügarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke“ (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD) ohne Änderung des Grundgesetzes zur Bundesgesetzgebung wiedereinzuführen, und inwiefern verhandelt die Bundesregierung mit den Ländern über eine Neugestaltung der Gutachterausschüsse, um die Feststellung von Bodenwerten zu vereinheitlichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

40. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die personelle Besetzung der im Verantwortungsbereich der Bundesregierung stehenden obersten Bundesbehörden gemäß Artikel 36 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) erfolgt, und in welchen dieser Behörden ist die nach Artikel 36 Absatz 1 GG geforderte „Verwendung in einem angemessenen Verhältnis“ erfüllt?
41. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist nach Kenntnis der Bundesregierung bereits verlässlich und abschließend geklärt, dass bei dem Hackerangriff auf den französischen Baukonzern Ingérop vom letzten Jahr nicht noch weitere Daten – zum Beispiel zu anderen Atomanlagen – erbeutet wurden als die bislang bekannten, veröffentlichten gut 11 000 Dateien bzw. gut 65 Gigabyte (bitte mit Begründung, vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 14, Plenarprotokoll 19/73), und liegen letztere auch Bundesbehörden ganz oder teilweise vor (ggf. bitte ausführliche Darlegung mit Nennung der betreffenden Behörden)?
42. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung der Bundespolizei, dass trotz entgegenstehender Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Berlin mangels Bestimmtheit der Allgemeinverfügung die Kontrollen an Berliner Bahnhöfen durch die Bundespolizei fortgesetzt werden dürfen

(www.morgenpost.de/berlin/article216251821/Waffenverbot-gekippt-Bundespolizei-kontrolliert-trotzdem.html?service=amp)?

43. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Juristen Peter Weber, dass die Bundesländer selbstständig Mietpreise – außerhalb des Bürgerlichen Gesetzbuchs – gesetzlich begrenzen können, folgend seinem Aufsatz vom 1. November 2018 „Mittel und Wege landesrechtlichen Mietpreissrechts in angespannten Wohnungsmärkten“ in der „JuristenZeitung“, JZ 2018, Heft 21, S. 1022 bis 1029 (www.mohrsiebeck.com/artikel/mittel-und-wege-landesrechtlichen-mietpreissrechts-in-angespannten-wohnungsmarkten-101628jz-2018-0281), und wenn nicht, warum nicht?
44. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung konkret gegen den Anstieg der Bodenpreise in Ballungsgebieten (vgl. Bundestagsdrucksache 19/6071) jenseits der erleichterten Ausweisung von Baugebieten mit abgeschwächter Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung?
45. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan für die im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen des Deutschen Bundestages durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Marco Wanderwitz angekündigte Novelle des Baugesetzbuchs, und wenn es keinen gibt, warum nicht?
46. Abgeordneter
Hansjörg Müller
(AfD)
- Wie steht die Bundesregierung grundsätzlich zu einer Parteimitgliedschaft – egal welcher Partei – des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz im Hinblick auf die Neutralität der Amtsausübung, und erkennt die Bundesregierung einen Interessenskonflikt, dem der aktuelle Präsident, Thomas Haldenwang, als Mitglied der CDU ausgesetzt sein könnte, zwischen seiner Verpflichtung der neutralen Amtsausübung und seiner Mitgliedschaft in einer Regierungspartei?

47. Abgeordneter
Hansjörg Müller
(AfD)
- Wie sieht die Bundesregierung die geschilderte grundlegende Anreizsituation des Präsidenten des Verfassungsschutzes aktiv oder ungewollt Parteipolitik zu betreiben im Hinblick auf die meinungspluralistische Chancengleichheit im Land sowie das Machtgleichgewicht zwischen Exekutive, Legislative und Judikative in einer mittelfristigen und langfristigen (5 bis 20 Jahre) Einschätzung für die Bundesrepublik Deutschland, bzw. plant die Bundesregierung diese Form der nach meiner Auffassung aktuellen Gewaltenverschränkung aufgrund von Verquickung von Parteimitgliedschaft und Führungsposition in wichtigen Kontrollorganen der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Bundesverfassungsgericht, Bundesamt für Verfassungsschutz) gesetzlich einzudämmen und dadurch der grundlegenden Idee der Gewaltenentrennung i. S. v. Artikel 20 Absatz 2 GG nachzukommen?
48. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wann hatte die Bundesregierung erstmals Kenntnis von der Existenz der Neonazi-Vereinigung „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ („NSK KKK“) und den Ermittlungen des Landeskriminalamts Baden-Württemberg gegen diese (vgl. www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/schlag-gegen-deutsche-kapuzenm-nner)?
49. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat dazu bereit, die erklärte Bereitschaft von mehreren Städten zur Aufnahme von Flüchtlingen auch im Rahmen von Regelungen nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes zu unterstützen bzw. zu ermöglichen, soweit dies auch von den jeweiligen obersten Landesbehörden unterstützt wird, d. h. dass diese Aufnahme zusätzlich zu ohnehin bestehenden Aufnahmeprogrammen (z. B. Resettlement) und dem individuellen Asylrecht erfolgen würde (bitte ausführen und begründen), und inwieweit wird sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass für solche aktiven Aufnahmen von Flüchtlingen durch einzelne Städte gesonderte EU-Mittel auch zur finanziellen Unterstützung dieser Städte bereit gestellt werden (bitte ausführen und begründen, Nachfrage zur insofern aus meiner Sicht unklaren Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/7209)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

50. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie groß ist aktuell die Zahl der Terminanfragen zur Beantragung von Visa für den Familiennachzug zu international Schutzberechtigten (bitte zwischen Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten differenzieren), und wovon genau ist es abhängig, ob die für das Jahr 2018 im Rahmen eines Kontingents von 5 000 Nachzugsvisa ursprünglich vorgesehenen, aber aus Gründen der bürokratischen Bearbeitung noch nicht erteilten Visa auf das Jahr 2019 übertragen werden, vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer auf der Pressekonferenz zu den Asylzahlen für das Jahr 2018 am 23. Januar 2019 erklärte, dass er dem gegenüber nicht ganz verschlossen sei, es aber davon abhängt, ob man sich in der Koalition an anderer Stelle auf das Notwendige verständigt, weil es in der Politik immer um einen Interessensausgleich gehe (bitte ausführen)?
51. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit der Eröffnung des durch die Internationale Organisation für Migration (IOM) betriebenen Zentrums zur Unterstützung beim Familiennachzug in Kabul zu rechnen (<https://afghanistan.diplo.de/af-de/service/05-VisaEinreise/-/2104060>), und wie erfahren bereits auf der Terminliste der zuständigen deutschen Auslandsvertretungen eingetragene afghanische Staatsangehörige von dem Unterstützungsangebot durch das IOM-Familienunterstützungsprogramm?
52. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann werden nach Einschätzung der Bundesregierung Termine für den Nachzug afghanischer Familienangehöriger zu subsidiär Schutzberechtigten in Deutschland durch die deutschen Vertretungen in Islamabad und Neu-Delhi vergeben (<https://afghanistan.diplo.de/af-de/service/05-VisaEinreise/-/2104060>), und wie viele Registrierungen auf Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Geschützten gibt es zum Zeitpunkt der Einreichung meiner Mündlichen Frage auf der Terminliste der für den Nachzug afghanischer Staatsangehöriger zuständigen deutschen Auslandsvertretungen?

53. Abgeordneter
Reinhard Houben
(FDP)
- Wie hat die Bundesregierung gegenüber der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika auf den Brief des Botschafters Richard Grenell reagiert, den er laut Presseberichten am 3. Januar 2019 an deutsche Unternehmen, die am Bau des Pipeline-Projekts Nord Stream 2 beteiligt sind, versandt hat?
54. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das Verifikationsangebot Russlands im Rahmen der Verhandlungen zur Rettung des Washingtoner Vertrages über nukleare Mittelstreckensysteme, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus diesem Angebot (Süddeutsche Zeitung vom 17. Januar 2019, „Enttäuschende“ Abrüstungsgespräche)?
55. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Warum nahm am 23. Januar 2019 der deutsche Militärattaché in Moskau nach meiner Kenntnis nicht an der Präsentation des sogenannten SSC-8-Flugkörpers bzw. des Raketenbehälters und der Abschussrampe teil, zumal die Klärung der Fähigkeiten dieses Systems im ureigensten Interesse Deutschlands ist?
56. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Angebot der russischen Seite – auch stellvertretend für die USA angesichts der Weigerung Washingtons – einer Vor-Ort-Inspektion unter der Bedingung aufzugreifen, dass vollumfängliche Inspektionsmaßnahmen, wie Datenübermittlung, Flugtest etc. gewährleistet sein müssen, und falls nein, bitte begründen?
57. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erkennt die Bundesregierung den am 24. Januar 2019 vereidigten Felix Tshisekedi als kongolischen Präsidenten an, obwohl die Stimmabgabe in vier Bezirken des Landes erst im März 2019 erfolgen soll, und inwiefern setzt sich Deutschland für die Einhaltung des kongolischen Wahlkalenders, insbesondere die Durchführung der seit 2006 fälligen Lokalwahlen in der Demokratischen Republik Kongo ein?

58. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern plant die Bundesregierung nach der Ernennung von Felix Tshisekedi zum neuen Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, Regierungsverhandlungen mit der neuen kongolesischen Regierung mit dem Ziel der Wiederaufnahme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aufzunehmen, und welches Signal senden die Bundesregierung und die EU nach Meinung der Bundesregierung an andere Staaten aus, wenn sie ein Wahlergebnis akzeptieren, an dessen Zustandekommen erhebliche Zweifel bestehen und das von keiner unabhängigen Stelle überprüft werden konnte (www.taz.de/Archiv-Suche/!5566621&s=kongo/)?
59. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern arbeiten die Bundesregierung oder die EU selbst (bitte nach Ländern aufschlüsseln) mit Sicherheitskräften des Sudans zusammen, beispielsweise im Rahmen der Programme Better Migration Management (https://ec.europa.eu/trustfundforafrica/region/horn-africa/regional/better-migration-management-programme_en) oder Regional Operational Centre in support of the Khartoum Process and AU-Horn of Africa Initiative (https://ec.europa.eu/trustfundforafrica/region/horn-africa/regional/regional-operational-centre-support-khartoum-process-and-au-horn-africa_en), angesichts der Tatsache, dass die sudanesishe Regierung die derzeitigen Proteste im Land brutal niederschlagen lässt (vgl. UN-Bericht: <https://news.un.org/en/story/2019/01/1030702>), und wie bringt sich die Bundesregierung ein, um eine friedliche Lösung der Krise im Sudan zu unterstützen?
60. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Auswärtigen Amtes (AA): „Die politischen Beziehungen zwischen Malaysia und Deutschland werden von den intensiven Wirtschaftsbeziehungen getragen. Deutschland betrachtet Malaysia als wichtigen und stabilen Partner in Südostasien und als ein führendes Land in ASEAN sowie gleichzeitig als moderaten Vertreter der islamischen Welt [...]“ (siehe Homepage des AA) angesichts der Weigerung der Regierung Malaysias, den Sportlerinnen und Sportlern aus Israel die Einreise zur Weltmeisterschaft der Paraschwimmer im Juli/August 2019 zu genehmigen, und in welcher Weise unterstützt die Bundesregierung

die Aktivitäten des Deutschen Behindertensportverbandes (DBS) e. V., gegen diesen Verstoß gegen das Internationale Fairplay im Sport (www.taz.de/!5563610/), wirksam vorzugehen?

61. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die landesspezifischen Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts für Reisen nach Malaysia mit den dort beschriebenen Gefahren durch Terrorismus, Entführungen, Kriminalität, Piraterie bis hin zur Anwendung der Scharia und der Verfolgung von Homosexualität auch bei Ausländern (siehe Homepage des AA), und inwieweit hält sie es unter diesen Gesichtspunkten und der bestehenden Menschenrechtsdefizite in diesem Land (siehe auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Beziehungen zwischen Deutschland und den ASEAN-Staaten“ auf Bundestagsdrucksache 19/4300) für vertretbar, dass Malaysia offizielles Partnerland der Internationalen Tourismusmesse (ITB) im März 2016 in Berlin ist?

62. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), ob neben dem Iran mit der Mahan Air weitere Länder (wie die Türkei und Saudi-Arabien) mit entsprechenden Fluggesellschaften Lufttransporte von Ausrüstung und Personen in von Kriegshandlungen betroffene Regionen im Nahen Osten – insbesondere nach Syrien und in den Jemen – übernehmen, so dass sie nach meiner Auffassung das Kriegsgeschehen unterstützen und dazu beitragen, Menschen in Kriegsgebieten zu schädigen, also zur Destabilisierung der Region beitragen, und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), ob es Verwicklungen dieser Fluggesellschaften in Geschäfte der entsprechenden Geheimdienste und deren kriminellen Aktivitäten in Europa gibt?

63. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Vertreterinnen und Vertretern beabsichtigt die Bundesregierung, an der vom US-Außenminister angestoßenen Konferenz zur Lage im Nahen Osten im Februar in Polen (www.theguardian.com/world/2019/jan/23/us-backtracks-on-iran-focused-conference-in-poland-after-objections) teilzunehmen, und welche Ergebnisse erwartet sie bei der Veranstaltung?
64. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über einen von israelischen Siedlern begangenen Angriff gegen Mitglieder der palästinensischen Nichtregierungsorganisation (NGO) „Youth against Settlements“ vor, bei der etliche Mitglieder der NGO verletzt wurden (<https://972mag.com/seven-palestinians-hospitalized-settler-attack-hebron-activists/139442/>), und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um auf ein Ende der Straflosigkeit in Bezug auf Gewalt israelischer Siedler gegen palästinensische Zivilisten und speziell in diesem Fall hinzuwirken?
65. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Rahmen ihres Engagements für den Friedensprozess in Kolumbien und angesichts vertrags- sowie völkerrechtlicher Gesichtspunkte (bitte jeweils darlegen) die Forderung (www.elnuevoherald.com/noticias/mundo/america-latina/colombia-es/article/224810915.html) der kolumbianischen Regierung unter Präsident Iván Duque an die kubanische Regierung, die Mitglieder der Verhandlungsdelegation der Organisation Nationale Befreiungsarmee (Ejército de Liberación Nacional, ELN) entgegen der vorab vereinbarten Regeln für den in Havanna stattfindenden Friedensdialog auszuliefern, und wie hat sie in diesem Zusammenhang auf die kolumbianische Führung eingewirkt?
66. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Erkennt die Bundesregierung die Selbsternennung des venezolanischen Parlamentschefs Juan Guaidó zum Präsidenten der Republik an, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der Aussage (www.n-tv.de/politik/USA-drohen-Maduro-mit-Konsequenzen-article20825186.html) US-ameri-

kanischer Regierungsvertreter, es lägen auch militärische Optionen gegen die gewählte Regierung von Präsident Nicolás Maduro „auf dem Tisch“?

67. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Kenntnisse hat das Auswärtige Amt zur Verschleppung/Inhaftierung des deutschen Journalisten Billy Six durch den venezolanischen Nachrichtendienst „SEBIN“?
68. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Anstrengungen wurden durch das Auswärtige Amt unternommen, mit dem Journalisten Billy Six in direkten Kontakt zu treten, und welche Anstrengungen wurden unternommen, eine Freilassung des willkürlich festgesetzten deutschen Staatsbürgers Billy Six zu erwirken?
69. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung nach dem jüngsten Putschversuch in Venezuela für eine Verhandlungslösung für die nach meiner Ansicht äußerst verfahrenere und gefährliche Situation, und inwieweit ist die Bundesregierung bereit, sich als Mittlerin in einem neuen Verhandlungsprozess zwischen Regierung und Opposition anzubieten, beispielsweise im Rahmen der von den Regierungen Mexikos und Uruguays vorgeschlagenen Initiative für „inklusive und glaubwürdige Verhandlungen“ (www.gob.mx/sre/prensa/mexico-y-uruguay-urgen-a-la-sociedad-venezolana-a-encontrar-una-solucion-pacifica-a-sus-diferencias)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

70. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Details kann die Bundesregierung zu der vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier gegenüber der Presse („Altmaier lädt US-Expoteure von LNG-Gas für Februar ein“, Handelsblatt vom 22. Januar 2019) angekündigten Investorenkonferenz mit Unternehmen mitteilen, die sich am Aufbau einer Infrastruktur für Flüssigerdgas-Importe in Deutschland beteiligen wollen (bitte Datum und Ort des Treffens

nennen), und wer ist eingeladen (bitte die Institutionen/Unternehmen bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter aufführen)?

71. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen, dass es mit massenspektrometrischen Analysen möglich ist, bezüglich einer Probe hochangereicherten Urans (HEU) sowohl Abschätzungen ihres Mindestalters als auch Rückschlüsse zur Uranherkunft (Natururan oder Wiederaufarbeitungsuran) anzustellen (ggf. bitte ausführlich darlegen; vgl. Fachaufsatz A. Glaser, S. Bürger: „Verification of a Fissile Material Cutoff Treaty: The Case of Enrichment Facilities and the Role of Ultratrace Level Isotope Ratio Analysis“, Journal of Radioanalytical and Nuclear Chemistry, 280 (1), 2009, S. 85 bis 90), und kann sie außerdem bestätigen, dass die HEU-Brennelemente für den deutschen Forschungsreaktor FRM II in Frankreich hergestellt werden (vgl. betreffende Lieferungsdaten auf Bundestagsdrucksache 19/5231)?
72. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Bundesregierung 2018 um die „Schärfung“ der Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 gekümmert (bitte ausführen, welche konkreten Maßnahmen und Schritte eingeleitet wurden), und wann werden diese veränderten Richtlinien der Öffentlichkeit bekannt gegeben (Bundeskanzlerin in der Regierungsbefragung am 12. Dezember 2018, Plenarprotokoll 19/70; S. 8146)?
73. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung den Auftritt deutscher Unternehmen bei der ägyptischen Waffenmesse EDEX im Dezember 2018 unterstützt, und inwiefern wurden dafür Genehmigungen für die temporäre Ausfuhr von Rüstungsgütern erteilt?
74. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welche Länder hat die Bundesregierung Exportkreditgarantien für Lieferungen und Leistungen (sogenannte Hermesbürgschaften), die Rüstungsgüter betrafen, im Jahr 2018 übernommen (bitte nach Land, Deckungsvolumen und Warenart auflisten), und in welcher Höhe leistete der Bund seit 2012 für die im Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis zum 30. April 2018 mit Exportkreditgarantien abgesicherten 19 Rüstungsgeschäfte mit

einem Volumen von 6,53 Mrd. Euro (Bundestagsdrucksache 19/2793, Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.) Entschädigungszahlungen (bitte nach Land, Deckungsvolumen und Warenart auflisten)?

75. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Aus welchen Gründen wurde die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) lediglich für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie zu ihrer finanziellen Absicherung und nicht auch für Steinkohleregionen eingesetzt (www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/Steinkohle_Ausstieg_Saarland100.html)?

76. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)

Mit welchen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat die Bundesregierung einen Antrag als Streithelfer (gemäß Artikel 130 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs) in den Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) der Rechtsachen C-620/18 (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, ABl. C 427 vom 26.11.2018, S. 31) sowie C-626/18 (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, ABl. C 4 vom 7.1.2019, S. 12) eingereicht, und welchen Inhalt hat der Verteidigungsschriftsatz des Rates (bitte Übermittlung des Verteidigungsschriftsatzes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

77. Abgeordnete
**Kordula
Schulz-Asche**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung ein halbes Jahr nach meiner Mündlichen Frage 39 und der darauf folgenden Antwort der Bundesregierung, nach der sie den Vorschlag zurzeit intensiv prüfen würde (Plenarprotokoll 19/41, S. 4060A bis 4061A), nun eine Haltung dazu entwickelt, ob die Produktion von Generika auf Vorrat schon vor Ablauf

des Patentschutzes innerhalb der Europäischen Union erlaubt werden sollte, und wie begründet sie diese Haltung?

78. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Zu welchem Zeitpunkt hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof seinerseits aus welchem Anlass Vor-/Ermittlungen zur Neonazi-Vereinigung „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ („NSK KKK“) aufgenommen (vgl. www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/schlag-gegen-deutsche-kapuzenm-nner)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

79. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Stromabschaltungen der Stromkonzerne aus menschenrechtlicher Perspektive, insbesondere unter Beachtung des Artikels 11 Absatz 1 des UN-Sozialpakts (www.tagesspiegel.de/berlin/unbezahlte-rechnungen-344-000-haushalten-wurde-2018-der-strom-abgestellt/23821278.html), und welche Maßnahmen plant sie, um Energiearmut wirksam entgegenzutreten, wie es ihr auch vom Sozialausschuss der Vereinten Nationen aufgetragen wurde?

80. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann aus Sicht der Bundesregierung durch eine Klarstellung im Bundesteilhabegesetz bzw. im Neunten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erreicht werden, dass Menschen die nötige Assistenz gewährt wird, damit sie nicht gegen ihren Willen in Wohnheimen für behinderte Menschen oder Pflegeeinrichtungen untergebracht werden (siehe www.sueddeutsche.de/news/leben/behinderte---saarbruecken-schwerbehinderter-kaempft-um-finanzierung-seiner-helfer-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190123-99-687662), und wenn ja, wann plant die Bundesregierung entsprechende Änderungen vorzunehmen?

81. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist aus Sicht der Bundesregierung die aktuelle Praxis von manchen Leistungsträgern Assistenzkosten nicht oder nur unzureichend zu gewähren (vgl. <https://kabinet-nachrichten.org/do/1/nachrichten/39090/Erfolgreicher-Protest-f%C3%BCr-Assistenz-in-D%C3%BCren.htm/?search=Kalwitz>) mit Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention (Unabhängige Lebensführung) vereinbar, und wenn nein, wie wird sie dagegen vorgehen?
82. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der in Deutschland lebenden geduldeten Personen im erwerbsfähigen Alter, zwischen 16 und 65 Jahren, sind derzeit erwerbsfähig, und wie viele davon haben keinen Arbeitsmarktzugang bzw. keine Beschäftigungserlaubnis erhalten (differenziert nach Aufenthaltsdauer bis 2, 2 bis 4, 6 bis 8, 8 bis 10 und mehr als 10 Jahren)?
83. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen anderen betroffenen Bundesländern ist die Bundesregierung nach der angekündigten Einigung zwischen dem Bund und den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen zur Frage der „Flüchtlingsbürger“ (www.tagesschau.de/inland/buergerschaften-fluechtlinge-103.html) in Gesprächen, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass Bürger, die bereits freiwillig oder aufgrund von Gerichtsurteilen (Teile der) Forderungen beglichen haben, nicht schlechter gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

84. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung noch in dieser Wahlperiode ein Verbot oder eine Einschränkung der Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten auf den Weg zu bringen?

85. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Änderungsvorschläge zur Anpassung der Düngeverordnung schlägt die Bundesregierung vor, um die Einreichungsfrist der EU-Kommission für Änderungsvorschläge bis 31. Januar 2019, wie sie in der Antwort vom 23. Januar 2019 auf meine Schriftliche Frage (Arb.-Nr. 1/208) genannt ist, einzuhalten?
86. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung im Bericht an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages vom 16. Januar 2019 nicht mitgeteilt, dass die EU-Kommission eine Frist zur Übermittlung konkreter Änderungsvorschläge an der Düngeverordnung bis Ende Januar 2019 gesetzt hat?
87. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung die am 17. Dezember 2018 in der UN-Vollversammlung verabschiedete Erklärung für die „Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ trotz der eigenen Stimmenthaltung in nationales Recht umzusetzen, und welchen Zeitplan sieht sie für die Umsetzung vor?
88. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis einer aktuellen Studie (vgl. European Bird Census Council, www.ebcc.info/european-wild-bird-indicators-and-trends-of-common-birds-in-europe-2018-update/), wonach mehr als die Hälfte der Feldvögel in Europa durch intensive landwirtschaftliche Nutzung von Flächen ohne Rückzugsräume für Tiere, die Zerschneidung und Zersiedelung von Landschaft sowie die Versiegelung von Flächen verschwunden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

89. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Was konkret soll mit der angekündigten Ausweitung (Vorstellung der Vorhabenplanung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 16. Januar 2019) der Bundesförderrichtlinie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur assistierten Reproduktion 2019 geändert werden?
90. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Inwiefern plant die Bundesregierung eine bundesweite und einheitliche Regelung dieser Förderrichtlinie, und inwiefern möchte sie eine volle Kostenübernahme gewährleisten?
91. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Anträge auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Quartalen 3/2017 (= Juli bis September), 4/2017 (= Oktober bis Dezember), 1/2018 (= Januar bis März), 2/2018 (= April bis Juni), 3/2018 (= Juli bis September) und 4/2018 (= Oktober bis Dezember) bundesweit gestellt (bitte zusätzlich separat diejenigen Anträge ausweisen, die für Personen gestellt wurden, die bei Antragstellung Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – SGB II – bezogen, und diejenigen Anträge, die von Jobcentern nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II gestellt wurden), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer bei den Anträgen auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?
92. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen bezogen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Quartalen 3/2017, 4/2017, 1/2018, 2/2018, 3/2018 und 4/2018 bundesweit durchschnittlich (hilfsweise: insgesamt) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, und wie viele von ihnen bezogen zugleich Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (bitte zusätzlich differenzieren nach Leistungsbeziehenden, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht

vollendet hatten, und Leistungsbeziehenden, die das zwölfte, aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatten)?

